

Pressemitteilung von Bündnis 90 / Die Grünen (mit Bezug zum Artikel in der WN vom 30.5. und 02.06.2020)

Wo ein Wille ist, da ist auch ein (Rad-) Weg

Die katastrophale Verkehrssituation für Radfahrer auf der K 10, insbesondere im Bereich der Brücke über die A1, war seit langem bekannt. Einem Antrag der Grünen von 2009 ist es zu verdanken, dass dort heute zumindest eine Geschwindigkeitsbegrenzung besteht. Trotz dieser Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 km/h – vor den Bemühungen der Grünen waren 100 km/h erlaubt – sind Radfahrer und Fußgänger auf der Brücke weiterhin stark gefährdet, da diese zu schmal ist und es keinerlei Platz für die schwächeren Verkehrsteilnehmer gibt (s. Bild in der WN vom 30.5. 2020). Aufgrund des Anstieges der Straße und einer Kurve östlich der Brücke ist die Situation total unübersichtlich und gefährlich. Die Brücke wird vor allem von Radtouristen frequentiert, ebenso von Wanderern, die auf dem Wanderparkplatz östlich der Brücke parken. Eine breitere Brücke mit einem separaten Fuß- und Radweg wäre nicht nur für den täglichen Radverkehr, sondern vor allem für den touristischen Radverkehr von großer Bedeutung, da hier mehrere überregionale Radwanderwege verlaufen.

Seit 2016 ist bekannt, dass im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der A1 die Brücke der K10 zwischen Ottmarsbocholt und Davensberg erneuert werden wird. Bereits damals stellten die Grünen im Bezirksausschuss den Antrag, dass die Gemeinde sich dafür einsetzen sollte, dass die neue Brücke mit einem kombinierten Fuß- und Radweg gebaut wird, und dazu auch entsprechende Abstimmungen mit den Nachbargemeinden und dem Kreis vorgenommen werden. Das Thema wurde zwar wiederholt in den politischen Gremien besprochen, es verschwand jedoch dann irgendwann wieder von der Tagesordnung nachdem der Finanzierungsanteil der Gemeinde von anfänglich 216.000 € für die reine Brückenverbreiterung , auf ca. 320.000 € und zum Schluss auf ca. 960.000 € für die Gesamtmaßnahme einschließlich eines 2,6 km langen Radweges entlang der K10 anstieg . Das Gerangel um die Kosten zeigte eines deutlich: die Gemeinde hatte nicht wirklich ein großes Interesse an dem Projekt, Land und Kreis wiesen zwar auf die Bedeutung der Maßnahme hin, sahen sich aber bei der Finanzierung außen vor.

Der Bau der Brücke ohne kombinierten Fuß- und Radweg ist nicht nachhaltig, da sind sich die Fachleute auf allen Planungsebenen einig. „Wir vermissen bei diesem Projekt aber die oftmals bei ähnlichen Planungen an den Tag gelegte Kreativität der Verwaltung, doch noch eine Finanzierungsmöglichkeit zu finden“, betont Sandra Maaß, sachkundige Bürgerin für die Grünen im Gemeindeentwicklungsausschuss. Auch die Haltung der CDU macht deutlich, wo diese ihre Prioritäten setzt. „Da werden lieber einige 100.000 € in die Hand genommen, um die Planungen für das Lieblingsprojekt der Mehrheitsfraktion, die Ortsumgehung von Ottmarsbocholt, zu finanzieren – einem Projekt, das in Zeiten der auch von der CDU propagierten „Verkehrswende“ nicht zukunftsfähig ist und realistischer Weise auch nie umgesetzt werden wird“, kritisiert Philipp Scholz, Fraktionssprecher der Grünen. Wenn man öffentlichkeitswirksam Verkehrsminister Wüst für die Ortsumgehung nach Ottmarsbocholt holen kann, dann müsste das doch umso mehr für ein wirklich

nachhaltiges Projekt wie einer verbreiterten Brücke mit kombiniertem Fuß- und Radweg über die A1 gelten, so die Grünen in ihrer Pressemitteilung.

Aus Sicht der Grünen wäre auch zunächst nur die Planung und der Bau einer breiteren Brücke denkbar gewesen. „Diesen Eigenanteil hätten wir sicherlich stemmen können. Stattdessen ist das Projekt offenbar im Gerangel um die Finanzierung im Behördenschwungel versackt. Hier wird eine Chance vertan, die in einem Zeitraum von mindestens 30 Jahren nicht wiederkommt“, ärgert sich Dr. Evelyn Stauch, sachkundige Bürgerin im Bezirksausschuss Ottmarsbocholt. Da hilft es auch wenig, wenn Herr Gebauer auf eine aktuell geplante Änderung des Bundesfernstraßengesetzes hinweist (WN vom 02.06.2020) und diese falsch interpretiert. Hierbei geht es nur um Betriebswege an Autobahnen und Bundesstraßen, die im Bedarfsfall (v.a. im urbanen Raum) so ausgebaut werden sollen, dass hier auch Radverkehr ermöglicht werden kann. So wünschenswert es aus Sicht der Grünen wäre, die Finanzierung der Radverkehrsinfrastruktur endlich auf neue Füße zu stellen – das ist mit dieser Gesetzesnovelle und wohl auch nicht mit diesem Verkehrsminister zu machen.

Bündnis 90 / Die Grünen Senden

Philipp Scholz
Fraktionssprecher
Jessener Str. 52
48308 Senden